

Die Eingemeindung



Das große kommunale Thema Ende der 60er-Jahre heißt Verwaltungsreform. Von der FDP im Land angerührt, plant die Reform größere Verwaltungseinheiten. Kleine Orte sollen „eingemeindet“ werden oder mehrere kleine Gebilde zu einem großen zusammenschmelzen. Zögernd greift die SPD ab 1970 den Gedanken der Gemeindereform auf. Dr. Appell geht zunächst einen vorsichtigen Schritt in Richtung Reform. Er schlägt kommunale Zusammenarbeit in Form von Verwaltungsvereinbarungen vor. Schneller als erwartet beginnen aber dann Ende 1970 die Verhandlungen über die Eingliederung umliegender Gemeinden. Mit fünf Dörfern werden lockere Vorgespräche geführt.

Die Hauptargumente, die für eine Reform ins Feld geführt werden, sind rationelle und qualifizierte Verwaltung. Die Melsunger Bevölkerung ist mit dieser Reform im Wesentlichen einverstanden. Man hat nichts dagegen, dass die Stadt größer wird. Schwer fällt es verständlicherweise den Dörfern, ihre Selbstständigkeit aufzugeben. Sie operieren mit dem Argument der „fehlenden Bürgernähe“. Außer Schwarzenberg nutzen alle benachbarten Orte die Frist der freiwilligen Eingliederung, weil sich in Grenzänderungsverträgen noch manche Forderung absichern oder ein Verwaltungsposen für diesen oder jenen ergattern lässt. Außerdem macht das Land Hessen den folgenschweren Schritt besonders schmackhaft. Die freiwillige Eingliederung vor 1971 bring z. B. erhöhte Schlüsselzuweisungen. So erleben die Stadtverwaltung und der Magistrat hektische Weihnachtstage in 1970.

Verhandlung folgt auf Verhandlung. Von Kehrenbach angeführt, kommen Kirchhof, Adelshausen und Günsterode zu Melsungen. Bedenken gegen Günsterode, die wegen großer Entfernung und Defiziten der Infrastruktur aufkommen, werden überwunden. Melsungen schätzt das Votum der Bewohner höher ein. Erst nach kurzem Schwanken zwischen Körle und Melsungen entschließt sich Röhrenfurth 1971 für die Kreisstadt. Nach längerer Eingliederungsphase konnte Ende 1971 das Stadtparlament den Entschluss Obermelsungens begrüßen, sich als sechster Stadtteil dem Namensvetter zu integrieren. Zugleich bedauert man die Haltung des nahen Schwarzenberg, das sich noch immer weigert.

Am 12. Juli 1972 werden feierlich die Ortstafeln ausgewechselt, der neue Bürgermeister begrüßt seine Bürger am Ortseingang mit Freibier. Schwarzenberg wartet den Zwangszusammenschluss ab, der 1973 vollzogen wird. Melsungens Einwohnerzahl wächst um ca. 4350 auf 13 350 und vervierfacht seine Gemarkungsfläche (ca. 63 Quadratkilometer). Man wird nicht erwarten, dass per Verwaltungsakt sogleich eine harmonische Familie entsteht. Im Gegenteil, die Umstellungsschwierigkeiten sind besonders für die Stadtteile erheblich. Kritik über kleine und große Versäumnisse von Magistrat und Verwaltung klingen oft lautstark auf. Andererseits sind erhebliche Rückstände der Infrastruktur, besonders bei Wasserversorgung, Straßen- und Feldwegebau aufzuholen. Forderungen nach Sportplatz, Feuerwehrgerätehaus, Baugebiet,

Kinderspielplatz, Friedhofskapelle oder Dorfgemeinschaftshaus werden durch zuständige Abgeordnete und Ortsbeiräte beharrlich immer wieder vorgetragen, nicht wenige erfüllt. Alte Schulden sind abzutragen. Mancher Wunsch wurde in der Euphorie der Eingliederung im Grenzänderungsvertrag akzeptiert, an den die Stadt jetzt erinnert wird.

So fallen neben erheblich gestiegenen Verwaltungskosten auch nicht unerhebliche Investitionen an. Natürlich fließen auch Steuern und Zuschüsse reichlicher. „Stadt und Land“ haben zumindest anfangs ein kritisches Auge aufeinander. Doch schließlich geht es wie in jeder guten Ehe, man rauft sich zusammen, man gewöhnt sich aneinander, wachsendes Verständnis auf beiden Seiten ist deutlich spürbar.

